

Fragwürdige Dauerreform des Bildungswesens: Die Gesellschaft für Bildung und Wissen stellt sich quer

Von Roger von Wartburg

Ist es Ihnen in den vergangenen 10 bis 15 Jahren auch manchmal so ergangen, als hätten Sie, Ihrem Lehrerdasein zum Trotz, den Überblick über die Vielzahl an Schulreformen verloren? Kam es Ihnen auch gelegentlich so vor, als bestünde eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Reformrhetorik und dem, was Sie im Rahmen der Umsetzung als Wirklichkeit der Reform erlebten? Falls dem so sein sollte, sollten Sie an dieser Stelle unbedingt weiterlesen! Die 2010 gegründete Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V. verschreibt sich der leidenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Grundzügen, Voraussetzungen und Folgen der gegenwärtigen allumfassenden Bildungsreform mit dem Ziel einer Neubesinnung im Zeichen von Bildung und Wissen.

Die Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V., ihre Ansprüche und Prinzipien

Der Organisationsgrad der Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V. bewegt sich, gemäss eigenen Angaben, «auf dem untersten notwendigen Niveau»¹. Sie hält Tagungen ab, veröffentlicht Analysen und formuliert Stellungnahmen. Der «eingetragene Verein» (e.V.) ist aufgebaut durch drei Vorsitzende, die jeweils aus Deutschland, Österreich und der Schweiz stammen, zwei Geschäftsführer, einen Kassenwart sowie einen grossen Beirat von Mitgliedern. Als Präsident fungiert Prof. Dr. Andreas Gruschka, Erziehungswissenschaftler an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, einer der beiden Vizepräsidenten ist Prof. Dr. Roland Reichenbach von der Universität Zürich (vormals Universität Basel). Im Beirat finden sich Dutzende weitere Hochschuldozenten aus dem gesamten deutschen Sprachraum.

Die Initiatoren der GBW e.V. sehen sich als Speerspitze in der Auseinandersetzung mit der technokratischen Umsteuerung des Bildungswesens und wollten mit der Gründung des Vereins eine notwendige Gegenöffentlichkeit schaffen. Dieses eigenständige Forum soll der Artikulation von Erfahrungen mit den Reformen und der Entwicklung von alternativen Vorstellungen dazu dienen. Die GBW e.V. will das organisierende Zentrum für eine möglichst breite Debatte sein.

Konkret widmet sich die Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V. der ...

- kritischen Aufarbeitung der politischen und ökonomischen Übergriffe auf das Bildungssystem,
- theoretischen Auseinandersetzung mit den Begriffen, Zielen, Inhalten, Methoden und Modellen der aktuellen Bildungsreform,
- Analyse der tatsächlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse in Schulen

und weiterführenden Bildungseinrichtungen,

- inhaltlichen Arbeit innerhalb der Einrichtungen und Fächer,
- offensiven politischen Kommunikation mit gesellschaftlichen Gruppen (Verbände, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien etc.) und der (Medien-) Öffentlichkeit,
- Erarbeitung und Darstellung fruchtbarer Alternativen in Verbindung von Theorie und Praxis.

Die Aktivitäten des Vereins werden getragen ...

- von der Überzeugung, dass Pädagogik als verantwortete Praxis einer bildungstheoretischen Grundlegung bedarf,
- von der Bereitschaft zum konsequenten Dialog zwischen Theorie und Praxis,
- vom Respekt gegenüber der Vielfalt der akademischen Herkünfte, Themen und Zugänge,
- von der Einsicht darin, dass Bildung mehr ist als die derzeit propagierte Messung von «Kompetenzen» ,
- von der Erfahrung, dass die Lehrerpersönlichkeit, die qualifizierte Lehrerbildung und -ausbildung und insbesondere die Qualität des Unterrichts die entscheidenden Kriterien für erfolgreiche Bildungsprozesse sind.²

Ein Akt der Gegenwehr

Die GBW e.V. will also Beiträge leisten zur öffentlichen Debatte über das Ziel, die Inhalte und Methoden der gigantischen Bildungsreform, die derzeit im Gange ist. In der Gründung ihres Vereins sehen die Initiatoren einen Akt der Gegenwehr, weil sie ein anhaltendes Klima des Verdächtigen konstatieren: Wer gut begründet Skepsis gegenüber den eingeschlagenen Reformen vortrage oder gar deren Chancenlosigkeit oder falsche Ausrichtung kritisiere, gelte gemeinhin bei den Reformern als unprofessi-

onell oder inkompetent. Dies übe eine gewollt einschüchternde Wirkung auf die Praxis aus, wodurch Reformen ohne überzeugende Begründung verordnet würden.

Vorwürfe an die Dauerreform-Propagandisten

Den Promotoren des grossen Bildungsumbaus wirft die GBW vor, masslose Versprechungen auf prognostizierte Veränderungen abzugeben und dadurch unglaubwürdig zu sein. Auf der Website des Vereins heisst es weiter: «Offensichtlich werdende Fehlentwicklungen durch Reformen, die deutlich machen, dass so alles nur noch schlechter und schlimmer wird, werden nicht wahrgenommen oder als Schwierigkeiten beim Herstellen des Richtigen wegrationalisiert. Während sie sich sicher sind, das Gute und Bessere gegen das Schlechte zu wollen, ignorieren die Reformen die davon abweichende Wirklichkeit und immunisieren sich gegen Kritik.»³

An anderer Stelle ist zu lesen: «Die veröffentlichte Meinung über den Zustand unserer Bildungsanstalten umkreist nicht selten skandalisierend, verzerrend und populistisch die dort wahrgenommenen Krisensymptome und Missstände, ohne dass es zu einer Aufklärung der Ursachen für die Misere käme. Kommentierend treten «Experten» auf, die als Protagonisten der Reform diese mit «empirischer Bildungsforschung» so begründen, als folge aus der Forschung die Reform. Weitgehend fraglos wird das, was sie als Therapie empfehlen, in den Medien akzeptiert. Nur selten kommt es zu kritischen Rückfragen, ob die Reformempfehlungen überhaupt leisten können, was mit ihnen versprochen wird.

Die «wissenschaftlichen Beobachter» können weitgehend ohne Gegenrede als Propagandisten der von ihnen selbst initiierten Reformen agieren.

Damit bleibt ein grosser Teil der wissenschaftlichen und praktischen Expertise, insbesondere zum Ansatz und den problematischen Ergebnissen der Reform, unbeachtet.»⁴

Aushöhlung der Ansprüche an Bildung und Wissen

Die Mitglieder der GBW e.V. sind keinesfalls pauschal reformfeindlich. Allerdings orten sie den wahren Reformbedarf an anderer Stelle: «Die Bildungsinstitutionen sollten mit Reformen befähigt und ermutigt werden, ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen und mit ihnen sollten Hindernisse bei der Erfüllung dieser Aufgabe beseitigt werden. In dieser Hinsicht weiss die Praxis bereits, was «guter Unterricht» ist und was seine Erfüllungsbedingungen wären, es muss ihr nicht erst über «empirische Bildungsforschung» vermittelt werden: Durch Schule und Unterricht sollen möglichst viele Schüler in der Auseinandersetzung mit einer Sache diese verstehen lernen. Sie sind durch sie herausgefordert, das an Wissen und Erkenntnis zu erwerben, was sie voraussetzt und bereithält. Erziehen heisst von daher Verstehen zu lehren. Was das praktisch bedeutet, hätte gute Praxis zu zeigen und Reformen hätten deren Verbreitung zu begünstigen.»⁵

An anderer Stelle heisst es: «Die Initiatoren der Gesellschaft vermögen nicht zu erkennen, dass die gegenwärtige Modernisierung und Umstellung des Bildungswesens dem Ziel der Verbreitung und Sicherung von Bildung und Wissen dient. Vielmehr lässt sich auf allen Ebenen der Reform eine Umdeutung des Bildungsauftrages und der Wissensvermittlung beobachten, die auf dessen Schwächung hinausläuft. Entgegen der überall verlangten Qualitätsentwicklung und Erzielung von Exzellenz vollzieht sich eine Aushöhlung der Ansprüche an Bildung und Wissen.»⁶

Paraphrase eines Festvortrags von GBW-Beirat Prof. Jochen Krautz

Die im weiteren Verlauf dieses Artikels folgenden Ausführungen (mit gelber Farbe hinterlegt) basieren beinahe vollständig auf dem Festvortrag «**Ökonomismus in der Bildung: Menschenbilder, Reformstrategien, Akteure**»⁷ von Prof. Dr. Jochen Krautz, einem Beirat der Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V. Der Inhalt des Vortrags beschreibt zahlreiche zentrale Analysen und Anliegen der GBW in höchst anschaulicher Weise.

Zwei wichtige Hinweise vorweg: Zum Zwecke der besseren Lesbarkeit sind die dem Festvortrag entstammenden Textstellen nicht als eigentliche Zitate gekennzeichnet, bei Bedarf kann der Leser respektive die Leserin weiterführende Informationen mit Hilfe der entsprechenden Fussnote in Erfahrung bringen. Ausserdem wurde der Vortragstext gekürzt und an gewissen Stellen aus redaktionellen Gründen sinngemäss umformuliert, massvoll umgestellt oder mit zusätzlichen Erläuterungen versehen. Der Autor des vorliegenden Artikels hat dabei selbstverständlich nach bestem Wissen und Gewissen versucht, die von Prof. Krautz getätigten Aussagen weder zu verwässern noch zu verfälschen.

Übrigens: Schon vor zweieinhalb Jahren widmete das Ivb.inform Prof. Dr. Krautz einen Artikel anlässlich der Erscheinung seines Bestsellers «Ware Bildung» und eines Referates an der Universität Basel.⁸

Was Bildung (nicht) ist

Die Welt mit all ihren Phänomenen und ihren Fragen ist das Thema der Schule. Die Welt ist der eigentliche Vermittlungsgegenstand: Kinder und Jugendliche lernen die Welt kennen, auf ein altersgemäss verstehbares Mass reduziert und in bewältigbare Fragen aufgeteilt.

Auch die Rolle der Eltern ist von eminenter Wichtigkeit: Neben elterlicher Liebe, Haltgeben und ermutigender Fürsorge gehört auch das Vermitteln einer gewissen Ernsthaftigkeit ihrem Kind gegenüber dazu, im Sinne von: Du gehst da hinaus ins Leben, an deine Aufgabe als Schüler. Du musst bereit sein für das, was das Leben von dir verlangt und deinen Beitrag dazu leisten.

An der jeweiligen Bildungsstätte kommt nun die Lehrperson ins Spiel und bestimmt das pädagogische Grundverhältnis entscheidend mit: Das berühmte pädagogische Dreieck von Lehrer, Schüler und Welt (Sache) entsteht, indem Lehrer und Schüler ihre Aufmerksamkeit gemeinsam auf

eine Sache richten. Bildung vollzieht sich im personalen Bezug von Lehrenden und Lernenden, Bildung basiert auf Beziehung.

Eine nicht-personale Bildung ist daher nicht denkbar, weshalb auch alle Versuche, Lehrpersonen durch Technik zu ersetzen (Schulfunk, Schulfernsehen, Sprachlabore, Computer), immer gescheitert sind und auch in Zukunft scheitern müssen: Weil sie der Sozialnatur des Menschen und der interpersonalen Verankerung des Lernens widersprechen. Insofern sind vermeintlich fortschrittliche Methoden, in denen Lehrpersonen sich als «Moderatoren selbstgesteuerter Lernprozesse» verstehen sollen, unvereinbar mit dem Wunsch nach und dem Recht des jungen Menschen auf ein Lernen in Beziehung.

Bildung zielt auf Selbständigkeit im Erkennen und Verstehen, auf einen kritischen Vernunftgebrauch, auf Mitdenken und Mitfühlen bei den grossen und kleinen Fragen des Lebens sowie das dazu notwendige Wissen und Kön-

nen, das mir ermöglicht, als Individuum in der menschlichen Gemeinschaft ein Leben zu führen, welches das eigene Glück mit dem Wohl der Allgemeinheit verbindet.

Personales Menschenbild vs. Homo oeconomicus

Was im vorhergehenden Abschnitt umrissen wurde, ist ein personales Menschenbild und ein daraus resultierendes Bildungsverständnis. Wem diese Formulierungen romantisch verklärt oder wirklichkeitsfern vorkommen mögen, dem seien zwei Dinge erwidert:

- Selbstverständlich wird anerkannt und keinesfalls bestritten, dass eine zentrale Aufgabe der Bildung auch darin besteht, junge Menschen auf die Ansprüche der realen (Berufs-) Welt vorzubereiten.
- Das personale Menschenbild ist nichts weniger als die Basis unserer modernen Staatsverfassungen und auch Schulgesetze. Ein Beispiel aus Niedersachsen, wo über den Bildungsauftrag der Schule unter anderem geschrieben steht: Die Schülerinnen und Schüler sollen fähig wer-



den, ihre «staatsbürgerliche Verantwortung» wahrzunehmen, zur «demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen» oder «Informationen kritisch zu nutzen».

Grosse Teile der «modernen» Bildungspolitik orientieren sich aber nicht mehr an diesem personalen Menschenbild, sondern an einem Menschenbild, das den Wirtschaftswissenschaften entsprungen ist: jenem des Homo oeconomicus. Dieses Modell ist ein bewusst konstruiertes, reduktionistisches Menschenbild, um berechenbares ökonomisches Verhalten zu kreieren. Das heisst, man weiss, dass es diesen Menschen nicht real gibt, aber man benötigt das Modell, um sein Verhalten berechnen zu können. Der Homo oeconomicus ist demnach ein unablässiger Nutzenmaximierer, ein radikaler Egozentriker, der sich in jeder Situation so verhält, wie es uns Supermärkte glauben machen wollen: Mehr ist immer besser und mehr für billiger ist immer noch besser.

Um diesen Modellmenschen «Homo oeconomicus» in seinem Verhalten berechnen zu können, wird vorausgesetzt, dass er aufgrund unveränderbarer Präferenzen handelt. Er handelt also innerhalb eines Entscheidungsraums, der ihm vorgegeben ist, den er nicht selbst gestaltet, weshalb er als steuerbar gilt. Dies bedeutet, dass so ein Mensch gar nicht als «bildbar» gedacht wird, denn Bildung zielt ja gerade auf verändernde Selbstentwicklung. «Bildung» des Homo oeconomicus kann daher nur eine Steuerung in die «richtige» Richtung bedeuten, die aber nicht von ihm selbst bestimmt wird, sondern von Experten, die für ihn entscheiden.

Damit wird der fundamentale Gegensatz zwischen dem personalen Menschen- und Bildungsverständnis auf der einen Seite und jenem des Ökono-

mismus auf der anderen Seite erkennbar: Während «klassische» Bildung immer auf Selbstbestimmung in Freiheit und Verantwortung zielt, peilt die auch im Bildungsbereich grassierende Ideologie des Ökonomismus lediglich das Ausbilden von Fertigkeiten an, die dazu dienen sollen, Ziele zu erfüllen, die nicht das Individuum sich selbst, sondern andere ihm setzen.

Ökonomismus und Bildung

«Bildung» erscheint im Rahmen des ökonomistischen Menschenbildes einzig unter dem Aspekt der Kapitalisierung: «Individuelle Fähigkeiten müssen dabei wie eine Form des Kapitals gedacht werden, das heisst wie ein Produktionsfaktor, der wie ein Spinnrad oder eine Getreidemühle einen Ertrag bringt», meint dazu die OECD – die immerhin für die PISA-Studien verantwortlich ist!

Der Begriff «Ökonomismus» meint nun, dass die ökonomische Theorie zur Erklärung menschlichen Verhaltens allen menschlichen Lebensbereichen übergestülpt wird: von der Bildung über die Gesundheit bis hin zur Kunst. Überall beanspruchen Ökonomen für sich, das erforderliche Erklärungs- und Steuerungswissen zur Verfügung zu stellen. Somit wird der Erklärungs- und Steuerungsanspruch der ökonomischen Logik universal, obwohl der Ökonomismus nur eine Weltanschauung unter vielen anderen ist, welche sich zwar «wertfrei» gibt, dabei aber die ökonomische Rationalität (Effizienz) zum höchsten Wert erklärt und eine nahezu grenzenlose Ökonomisierung aller Lebensbereiche anstrebt.

Schlagwörter der Bildungsökonomie

Die übliche bildungsökonomische Argumentation lautet in etwa so: Wir leben heute in einer «Wissensgesellschaft», die das «Ausschöpfen aller Be-

gabungsressourcen» durch «lebenslanges Lernen» notwendig mache, um «Humankapital» zu bilden. Demnach hätten sich Schulen und Hochschulen durch effektive Lerntechniken ausschliesslich am messbaren «Output» zu orientieren, nicht an unkonkreten Leitidealen. Folgerichtig müsse Bildung an Standards ausgerichtet werden, die dann allerdings nicht Bildungs-, sondern Leistungsstandards sind, welche beständig evaluiert werden. Zur Effizienzsteigerung dienen Programme des Qualitätsmanagements, bei denen es jedoch nicht etwa um die Verbesserung pädagogischer Fähigkeiten von Lehrpersonen geht, sondern um das Verankern von Steuerungsmechanismen von aussen. Das Kompetenzkonzept ist hierfür das Mittel der Wahl.

Die unterschätzte Problematik des Kompetenzbegriffs

Was zuvor beschrieben wurde, soll am Beispiel des Kompetenzkonzepts, einem zentralen Eckpfeiler der aktuellen Bildungsreformen, veranschaulicht werden. «Kompetenzen» sind heute allgegenwärtig. Jeder, der etwas kann, verfügt offenbar über sie: vom Kühlschrank-Fabrikanten über den Kaffeeröster bis hin zum Kosmetik-Hersteller. Auch in unseren Lehrplänen wimmelt es neuerdings vor vielschichtigen Kompetenzrastern, die alle gut klingen, aber praktisch kaum realisierbar erscheinen.

Diese Beliebigkeit hat einen Grund: Der Kompetenzbegriff ist wissenschaftlich nicht definiert und auch gar nicht definierbar. Äusserst bemerkenswert ist, dass der Psychologe Franz Weinert, auf den die meistzitierte Kompetenz-Definition zurückgeht [Anmerkung der Redaktion: auch der Lehrplan 21 beruft sich auf Weinert], selbst sehr genau wusste, dass Kompetenz nicht wissenschaftlich definierbar ist. In einem nicht öffentlichen Papier für die OECD aus dem Jahr 1999 gestand Weinert aus-

drücklich ein, dass es unmöglich sei, einen konsensfähigen Kompetenzbegriff zu formulieren.

Anstatt das Kompetenzkonzept nun aber aufzugeben, konstruierte Weinert einen Kompetenzbegriff, weil die OECD für ihre PISA-Tests einen solchen benötigte! Hier wird ein typisch bildungsökonomisches Phänomen sichtbar: Das Modell entspricht nicht wirklich der Realität (wie beim Homo oeconomicus), stattdessen wird die Wirklichkeit nach dem Modell ausgerichtet. PISA gab vor, Kompetenzwirklichkeit «objektiv» zu messen, in der Realität aber hat die OECD diese Kompetenzwirklichkeit zuvor erst selber geschaffen!⁹

Messbarkeit und Steuerbarkeit über alles?

Weinerts anschliessend veröffentlichte «Behelfsdefinition» lautet bekanntermassen: «Kompetenz ist die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können.»

Nimmt man diese Definition wörtlich und ernst, unterwirft man damit auch innere Einstellungen, Wille, Motivation und Sozialität dem Anspruch der Messbarkeit und Steuerbarkeit. So betrachtet, wäre die Kompetenztheorie die bis anhin ausgeprägteste Form der Fremdsteuerung und begäbe sich in die Nähe der Manipulation.

Strickenlernen ohne Wolle?

An dieser Stelle sei noch eine ganz andere Schwäche des Kompetenzkonzepts aufgezeigt: In der Praxis nämlich zeigt sich, dass die Kompetenzorientierung mit dem Verlust tatsächlichen

Wissens und Könnens einhergeht: Wenn der Aufgabentext bereits die Lösungen enthält und man diese nur noch «herauslesen» muss, benötigt man keinerlei Fachwissen mehr, was «Strickenlernen ohne Wolle» gleichkommt.¹⁰ [Anmerkung der Redaktion: Josef Kraus erläutert dieses Bonmot des «Strickenlernens ohne Wolle» folgendermassen: «Es gibt [...] keine Bildung ohne Inhalte. [...] Damit kein Missverständnis entsteht: Natürlich ist vernetztes, fächerübergreifendes Denken wichtig. Dieses setzt aber solide fachliche Grundlagen voraus, sonst wird daraus eine Vernetzung von Nullmengen.»¹¹]

Ein derart konzipiertes Bildungssystem brächte genau jenen Typus von Arbeitnehmer hervor, den Konzerne brauchen, in denen wenig gedacht und stattdessen streng nach «Guidelines» gearbeitet wird. Wen wundert es, dass die Schule bereits heute viele Arbeits- und Sozialformen übernommen hat, die in Grossunternehmen üblich sind: z.B. beständig wechselnde Teams, Gruppen und Projekte, flexibles und zugleich anpassungsfähiges Handeln und eine «unternehmerische» Haltung, die die Interessen des «Konzerns» als die eigenen ansieht, ohne diese jedoch zu hinterfragen.

«Kompetenzorientierung» als Containerbegriff

Nun gibt es selbstverständlich viele Menschen, die unter «Kompetenzorientierung» etwas ganz anderes verstehen und das zuvor Beschriebene nicht im Entferntesten anstreben. Doch genau hierin besteht eben das Problem des Kompetenzbegriffs: Durch seine Unbestimmtheit und Ungeklärtheit kann ein jeder mit seinen Vorstellungen daran anknüpfen. Kompetenz ist ein Containerbegriff, der Hoffnungen und Ziele unterschiedlichster Couleur aufnimmt, vom Humanisten über den Leistungs-Fanatiker und den Reform-

pädagogen bis hin zum Gesellschaftskritiker. Jeder meint, mit dem Konzept seine Absichten und Ziele verbinden und umsetzen zu können.

Das hat System: Die Übersetzung des wissenschaftlich ungeklärten Konzepts wird an die Schulen verschoben, die Lehrpersonen sollen dann die nicht sicht- und messbaren Kompetenzen definieren. Auf diese Weise bindet man jeden mit seinen Meinungen und Überzeugungen ein. Eine grundsätzliche Infragestellung des Kompetenzkonzepts wird nahezu unmöglich, da immer irgendjemand etwas Gutes daran zu finden meint. [Anmerkung der Redaktion: Man vergleiche hierzu, wie die Konsultation des Lehrplan-21-Entwurfs konzipiert war: Man sollte sich nur zu einzelnen Formulierungen einbringen, das Kompetenz-Konzept als Grundlage des gesamten Projekts dagegen sollte augenscheinlich gar nicht erst zur Debatte gestellt werden.]

Die gezielte Steuerung der Bildungspolitik durch OECD und EU mittels «Soft Governance»

Wie kann es nun sein, dass Konzepte und Menschenbilder, die nicht der Pädagogik, sondern ökonomischen Theorien entstammen, derart dominant werden, dass sich mittlerweile Bildungspolitik, Schulpraxis und weite Teile der Wissenschaft danach ausrichten? Wie kommt es, dass Veränderungen umgesetzt werden, die sogar der Verfassung widersprechen, ohne dass darüber eine öffentliche Diskussion ausbricht? Die Antwort ist im Einfluss internationaler Organisationen und Lobbygruppen auf die nationalen Gesetzgebungen und Bildungssysteme zu finden. Auf europäischer Ebene sind vorrangig die OECD und die EU zu nennen.

Man bezeichnet die Mechanismen, mit Hilfe derer diese Organisationen die Bildungspolitik in vielen Ländern

grundlegend verändert haben, in der Politologie als «Soft Governance». Solche «sanfte Steuerung» zielt darauf, nicht legitimierte Einfluss auszuüben, und zwar so, dass er möglichst unbemerkt bleibt. Früher hat man dies offener «Propaganda» genannt, denn Propaganda geht im Kern von einem Gesellschaftsbild aus, in dem einige Eliten die öffentliche Meinung durch die Inszenierung von Krisen und Ereignissen so beeinflussen, dass sich die medial vermittelte Meinungsbildung in die gewünschte Richtung entwickelt. Das rechtfertigt man damit, dass das Volk nicht imstande sei, sich selbst zu bestimmen.

Strategisch geplante Massnahmen ohne demokratische Legitimation

Das in diesem Zusammenhang wichtigste Steuerungsinstrument nennt sich «discursive dissemination», also die gezielte Verbreitung von Diskursen. Man kennt das: Eine Flut von «Expertenstatements», «Gutachten», «Monitorings», «Rankings» und «Studien» zu Bildungsthemen wird beständig in die

Öffentlichkeit eingespeist. So hält man die Diskussion am Laufen und lenkt sie zugleich. Das Ziel ist klar: Neue Ideen sollen etabliert werden («establishing ideas»), man will also jeweils national geprägte Bildungsvorstellungen neu ausrichten.

Sodann werden Standards aufgestellt, die Verhalten vorschreiben sollen («prescribing behaviour»). Je nach Land wird dies mit finanzieller Unterstützung gesteuert und der Prozess wird auf den internationalen und informellen Ebenen koordiniert: Die Überwachung der Umsetzung liegt nun bei OECD (PISA) und EU (Bologna-Prozess), nicht mehr bei den Nationalstaaten.

Die OECD hat selbst formuliert, solche informelle Steuerung sei «wohl der effizienteste Weg, Einfluss auf das Verhalten souveräner Staaten auszuüben.» Es handelt sich hierbei also nicht um Zufälle oder ungewollte Effekte, sondern um strategisch geplante und durchgeführte Massnahmen zur demokratisch nicht legitimierte Beeinflussung nationaler Bildungspolitik.

Wie man Widerstand ausschaltet

Selbstverständlich rechnet man in solchen Prozessen auch mit Widerstand: Das sind so genannten «veto-players» (Einzelpersonen oder Organisationen) und «veto-points» (abweichende Bildungsvorstellungen). Wie man mit diesen «fertig wird», kann anhand der PISA-Studien exemplarisch veranschaulicht werden: In der medialen Verbreitung in Deutschland wurde PISA zunächst mit der Aura unfehlbarer empirischer Gültigkeit umgeben: Nun sei zweifelsfrei festgestellt, wie schlecht und antiquiert das deutsche Bildungswesen ist (in der Schweiz lauteten die analogen Schlüsselbegriffe «Kantönligeist», «Insel-Dasein» sowie «Anschluss an Europa als Ausweg aus der Rückständigkeit»).

Aber: Die PISA-Tests orientieren sich gar nicht an den Richtlinien und Lehrplänen der zahlreichen getesteten Länder (und geben auch gar nicht vor, dies tun zu wollen), sondern der Masstab für die vorgenommene Messung wurde von der OECD in Form ihres Kompetenzkonzepts ja selbst aufgestellt!



Inszenierte Krisen für vorbereitete «Lösungen»

Der medial aufgebauchte «PISA-Schock» lähmte das Denken und öffnete Tür und Tor für vorbereitete «Lösungen», welche die reale oder inszenierte Krise überwinden sollen und nach denen dankbar gegriffen wurde. Auf diese Weise wurden Bildungspolitiker, Wissenschaftler, Lehrpersonen und Bürger für umfassende Reformen präpariert. Seither wurde jede Reformmassnahme ohne weiteres Nachdenken damit begründet, im PISA-Test künftig besser abschneiden zu wollen.

Damit etablierten sich undeckelt das ökonomistische Menschenbild und das Kompetenzkonzept von PISA als neue Leitlinie des deutschen (oder auch des schweizerischen) Schulwesens: Lehrpläne, Standards und zentrale Prüfungen wurden und werden entsprechend angepasst, die OECD-Kriterien gelten nun als neue Richtschnur für Bildungserfolg. Die vermeintlich «objektiven» Vergleichstests setzten so ein völlig anderes Bildungsverständnis durch – am demokratischen Souverän vorbei.

Die Kunst des Reformierens

Die Bertelsmann-Stiftung ist als Denkfabrik ein Wahrzeichen des Ökonomismus in Deutschland. Sie will nach eigenen Angaben zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme alle Lebensbereiche – ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Bildung – nach den Grundsätzen des Unternehmertums umgestalten. In einigen Bundesländern wird sie sogar als «heimliches Bildungsministerium» bezeichnet.

In einer Schrift mit dem Titel «Die Kunst des Reformierens» gibt die Stiftung Politikern dezidierte Anleitungen, wie man Reformprozesse gegen den Willen der Bürger durchsetzt, denn der Volkswille gilt als zufällig und schwankend, weshalb er von «Experten» gesteuert werden müsse.

Dem Bertelsmann-Papier gemäss beginnt eine Regierung die Durchsetzung von Reformen mit der «Erarbeitung eines Reformkerns in der «Agenda-Setting»-Phase unter Reduktion der Beteiligung von Interessengruppen». Im Klartext: Ein exklusiver Zirkel trifft strategische Entscheidungen, welche durchzusetzen sind.

Weiter empfiehlt die Stiftung die «Partizipation der Interessengruppen (und eventuell der politischen Opposition) in der Entscheidungsphase, weil dadurch das Wissen über das Politikfeld und die Legitimität der Reform gesteigert und umgekehrt Widerstände gemindert werden können.» Im Klartext: Es geht nicht um einen sachlichen Dialog mit den Beteiligten, sondern nur darum, den *Eindruck* von Beteiligung zu wecken, um das eigene Vorhaben äusserlich zu legitimieren und Widerstände auszuschalten.¹² Sodann beginnen PR-Spezialisten ihre Arbeit, um einen «kommunikativen Frame» zu entwickeln, «der glaubhaft die inhaltliche Dimension einer Reform repräsentiert und über die Medien oder eigenständige Kampagnen transportiert wird.»

«Divide et impera» in Perfektion

Weiter gibt man genauere strategische Anweisungen, wie «veto-players» auszuschalten sind, wie man ihren Zusammenhalt schwächt und destabilisiert: «Ein geschickter (selektiver) Partizipationsstil zeichnet sich dadurch aus, dass flexible und neue Formen der Inklusion das Widerstandspotenzial grosser Interessengruppen und (Teilen) der Opposition aufzubrechen versuchen. Reformen können auch so konzipiert werden, dass sie manche Interessengruppen begünstigen und andere benachteiligen, um so eine potenziell geschlossene Abwehrfront zu verhindern.»

Man mag vor diesem Hintergrund einmal die Erfahrungen vieler Verbände und Gewerkschaften in den letzten

zwanzig Jahren reflektieren und wird auf vielfältige Parallelen stossen. Nicht selten ist zu hören: «Wir dürfen uns nicht zu kritisch zu den Reformen äussern, sonst werden wir nicht mehr zu Anhörungen eingeladen.» Oder auch: «Es ist ja nicht alles schlecht, so können wir wenigstens einige Ideen einbringen.» Es zeigt sich, dass dies genau kalkulierte Umarmungsstrategien sind, die Widerstand ausschalten sollen. Diese Taktik des «divide et impera» ist zwar alt, in der hier manifestierten Form aber sozialpsychologisch besonders ausgefeilt.

Schulisches

Qualitätsmanagement

Auf der Ebene der einzelnen Schulen werden die Reformen vor allem über zwei Mechanismen durchgesetzt: das so genannte Qualitätsmanagement sowie das Change Management. Im Qualitätsmanagement soll die Qualität durch eine Feedbackschleife erhöht werden. Die Idee ist so bestechend einfach wie für komplexes menschliches Handeln unbrauchbar: Wenn beispielsweise Schulprogramme evaluiert und die Ergebnisse an das Kollegium «rückgemeldet» werden, entsteht eben nicht pädagogische Qualität, die immer von situativem Verstehen und Handeln in einer hochkomplexen Situation abhängig ist.

Faktisch verbreiten die «Qualitätssicherer» Aufgeregtheit und fördern die Produktion sinnloser Papierberge. Ausserdem führt die drohende Kontrolle zu vorauseilenden Anpassungsleistungen, zum Gehorsam gegenüber Reformforderungen, die man eigentlich als unsinnig beurteilt.

Manipulatives Change Management anstelle demokratischer Argumentationskraft

In den Ministerien und Steuerungsagenturen kennt man diese hartnäckige professionelle Eigenständigkeit der

Lehrerinnen und Lehrer inzwischen und sinnt darüber nach, wie man sie «aufbrechen» kann.

So heisst es in einem Abschlussbericht über einen niedersächsischen Schulversuch: «Weil die eher skeptischen bis ablehnenden Haltungen dieser Gruppe gegenüber der Übertragung von Managementkonzepten und -instrumenten auf die Schule in über langjährigen beruflichen Sozialisationsprozessen erworbenen mentalen Strukturen und anderen – durchaus pädagogisch begründeten – Vorstellungen von Schule wurzeln, ist davon auszugehen, dass sie nicht so einfach und kurzfristig «aufzubrechen» sind. Trotz dieser verfestigten Einstellungs- und Handlungsmuster wäre in diesem Zusammenhang zu fragen, wie bestimmte, bei vielen Lehrkräften in der «Zone der

Sensibilität» liegende und deshalb auf Bedenken und Skepsis stossende Projektelemente langfristig in die «Zone der Akzeptanz» transformiert werden können.»

«Übersetzt» heisst das: Man fragt nicht, wie man mit ihnen vernunftbezogen diskutieren kann, wie man das bessere Argument findet und vertritt, sondern es geht unverhohlen um die Manipulation ihrer pädagogischen Einstellungen und Überzeugungen jenseits rationaler Argumentation. Demokratie aber besteht eben nicht im «Herstellen von Akzeptanz», sondern im Austausch von Argumenten.

Mentale Neuorientierung und Partizipations-Feigenblätter

So zieht man denn professionelle Experten heran, die sich auf «Change

Management» verstehen. Eine solche Agentur wirbt entsprechend mit folgenden Worten: «Wir verstehen uns als «Agency of Change». Wir sind die Spezialisten in der Modellierung und Begleitung von Übergangsprozessen. Change Management bedeutet: mentale Neuorientierung, Beschreiten innovativer Wege, offener Dialog mit den Beteiligten und emotionale Klärung und Öffnung.»

Auch hier zielt «offener Dialog» nur auf das zuvor schon festgelegte Ziel: Sie kennen vielleicht solche Konferenzen, bei denen mit bunten Zettelchen, Gruppenarbeit, gruppensystemischen Vertrauensübungen und systemischen «Aufstellungen» ein Anschein von Partizipation erweckt wird, bei dem am Schluss aber genau das herauskommt, was der Moderator wollte.



Fazit und Ausblick

«Ökonomismus in der Bildung» meint also die manipulative Durchsetzung eines Menschenbildes und eines Bildungsverständnisses, das unseren verfassungsgemässen Grundwerten widerspricht und das diametrale Gegenteil zu allen – traditionell-humanistischen wie kritisch-emanzipatorischen – Konzepten von Bildung darstellt.

Tatsächlich erweist sich die ökonomistische Rhetorik mitsamt ihrer Auswirkungen in der Bildung als kontraproduktiv: Sie verschlechtert Bildung. Sie gefährdet die Grundlagen unserer Kultur und Demokratie. Und sie schadet auch und gerade der Wirtschaft. Denn anpassungsbereite Kompetenzträger wollen allenfalls bestimmte Grosskonzerne. Handwerk und technische Industrie beklagen dagegen den immer weiter nachlassenden Qualifikationsstand ihrer Bewerber. Grosse Unternehmen schulen Bachelor-Absolventen inzwischen stillschweigend oft jahrelang nach; Mittelständler können das leider nicht und ringen die Hände.

Die Zeit, in der man der Ökonomie noch gläubig abnahm, dass sie alles besser erklären und managen könne,

so auch die Bildung, dürfte im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise vorbei sein. Und die dargestellten Konzepte der Manipulation und Propaganda haben eine zentrale Schwäche: Sie verlieren ihre Wirkung, wenn man sie kennt.

Insofern ist es wesentlich, Aufklärung fortzusetzen, sich eben des Verstandes zu bedienen, um Ausgang aus der selbst- und fremdverschuldeten Unmündigkeit zu nehmen. Es ist wichtig, diese Fragen in ihrer ganzen Tragweite öffentlich klar und deutlich aufzubringen, Rechenschaft von der Politik zu fordern, die Lage in den eigenen Verbänden zu klären und in den Schulen und Kollegien sowie mit den Eltern offensiv zu diskutieren. Gleiches steht für die Erziehungswissenschaft und Fachdidaktiken an sowie für die Lehrerbildung.

Dem antihumanistischen Neusprech und antiaufklärerischen Neudenk ist eine Besinnung auf den Kern von Bildung und Erziehung in Theorie und Praxis entgegensetzen: Eine Wiedergewinnung des eigentlichen Pädagogischen, das zugleich immer auch die Verantwortung der Pädagogen als Bürger einschliesst. Denn die tägliche Ar-

beit im Klassenzimmer hat tragende Bedeutung für das Gemeinwohl. Daher müssen Lehrerinnen und Lehrer immer auch Bürgerinnen und Bürger sein, die – wo angezeigt – vor die Tür ihres Klassenzimmers treten und für ihre Schüler die humanen und demokratischen Grundlagen unseres Zusammenlebens verteidigen.

^{1, 3-6} <http://bildung-wissen.eu/die-gesellschaft>

² <http://bildung-wissen.eu/die-gesellschaft/ziele>

⁷ <http://bildung-wissen.eu/fachbeitraege/bildungspolitik/okonomismus-in-der-bildung-menschenbilder-reformstrategien-akteure.html>

⁸ <http://www.lvb.ch/lvb/cms/upload/pdf1011/03/10-03-23.pdf>

⁹ vgl. dazu auch: Thomas Jahnke, Die Illusion der Statistiker, «Neue Zürcher Zeitung», 29.01.2012

¹⁰ vgl. dazu auch: Michael Weiss, Auf die Inhalte kommt es an!, lvb.inform 2012/13-03

¹¹ Christa Meves / Josef Kraus, Schulnöte – Ermutigung zu kindgerechtem Erziehen, Resch-Verlag, 2. Auflage 2011

¹² vgl. hierzu auch die «Handreichung für das Management wenig erfolgreicher Bildungsprojekte» aus: Heinz Bachmann, Gehörschütze im Unterricht, lvb.inform 2012/13-04

BL und BS pushen offiziell das umstrittene Change Management

«Change Management» stammt aus der Betriebswirtschaft und meint alle Anstrengungen und Massnahmen, die innerhalb einer Organisation eine umfassende, inhaltlich weitreichende Veränderung zur Umsetzung neuer Strategien, Strukturen und Systeme bewirken sollen. Die Ursprünge des Change Managements liegen in den USA der 1930er- und 1940er-Jahre. Als Koryphäen des Change Managements gelten z.B. Kurt Lewin und John P. Kotter. Die Techniken des Change Managements waren und sind gerade in Europa umstritten, was damit zusammenhängt, dass sie darauf abzielen, mit allen Mitteln Akzeptanz des Neuen herzustellen – auch wenn die Betroffenen inhaltlich eigentlich nicht davon überzeugt sind. Darum bezeichnet Prof. Jochen Krautz solche Vorgänge dezidiert als «undemokratisch». Andere Kritiker erkennen darin «eine gezielte missbräuchliche Anwendung psychologischen Wissens».

In der Nordwestschweizer Bildungslandschaft scheinen die Verantwortlichen keine Berührungsängste mit Change Management (mehr) zu verspüren, im Gegenteil: Thema der Jahrestagung Netzwerk Schulentwicklung BS & BL am 19. Februar 2014 ist «Herausforderung Change Management – Zur Psychologie nachhaltigen Veränderungshandelns in der Schulentwicklung». Der Untertitel eines der elf Workshops – nach den Grussworten der Bildungsdirektoren – lautet «Von einem Verlust an Mitbestimmung hin zu einem Gewinn an Mitwirkung». Mehr Informationen über diese Veranstaltung finden Sie via <http://www.kurse-pz-bs.ch/pdf/Flyer%20Netzwerktagung%202014.pdf>